

R:

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir sind Alea und Rana und begrüßen euch heute im Namen der DIDF-Jugend und des Internationalen Jugendvereins zum heutigen Antikriegstag. Gerade wir als Jugendliche sind von den anhaltenden und kommenden Kriegen auf der Welt betroffen. Gerade wir als Jugendliche müssen uns gegen Krieg und Aufrüstung wehren! Denn wir wollen eine friedliche und lebenswerte Zukunft! Dafür gehen wir gemeinsam auf die Straße. Schön, euch hier zu sehen.

Vor 5 Jahren war die größte Zukunftsangst unserer Generation Umweltverschmutzung. Heute ist es Krieg, zurecht! Denn Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen nehmen zu und im Jahr 2023 gab es weltweit so viele Gewaltkonflikte wie noch nie. Anstatt uns weiter für eine lebenswerte und intakte Umwelt einzusetzen, sind wir heute gezwungen ein Ende von Kriegen und Sterben zu fordern!

Wir haben keine Lust mehr, diesem nutzlosen Sterben von Menschen und Natur zuzusehen!

A:

*Zweieinhalb Jahre dauert der Krieg in der Ukraine schon an. Zweieinhalb Jahre, in denen tausenden Jugendliche auf beiden Seiten ihr Leben genommen wurde, um die*

*Front ein bisschen in die eine oder in die andere Richtung zu verschieben. Auf beiden Seiten sterben Menschen für einen Krieg, dem sie nur schwer entkommen können. Im Verlauf des Krieges wurde sogar in der Ukraine das Alter für die Wehrpflicht und den Fronteinsatz um zwei Jahre herabgesetzt, um den Mangel an Menschen auszugleichen. Allen Männern von 18 bis 60 Jahren ist es verboten, das Land zu verlassen. Auf beiden Seiten drohen Kriegsdienstverweigerern Haftstrafen.*

*Wir fordern damals wie heute: KEINE ZWANGSREKRUTEN!*

*Obwohl sich der Krieg seit Monaten in einer Sackgasse befindet, macht man einfach weiter wie bisher und liefert Waffen. Zu Kriegsbeginn hat die deutsche Regierung noch betont, dass sie keine Waffen in Kriegsgebiete liefert. Heute kämpft die Ukraine mit deutschen Panzern. Deutschland ist längst einer der wichtigsten Rüstungslieferanten geworden. Das Leiden in diesem Krieg wird nicht durch reine Waffengewalt gestoppt werden! Wir stehen für einen Rückzug Russlands aus der Ukraine, für Friedensverhandlungen und gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete!*

R:

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir als Jugendorganisationen sind auch zutiefst alarmiert und erschüttert über die weiter eskalierende Situation im Westjordanland, in Gaza, in Palästina. Seit fast einem Jahr läuft die Bodenoffensive Israels im Gaza-Streifen und fordert dort bald 40.000 Menschenleben. Trotz internationaler Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Gerichtshöfen am Vorgehen Israels werden in Gaza kritische Infrastrukturen wie Schulen und Krankenhäuser bombardiert.

Länder, wie die USA, Deutschland, Frankreich oder Großbritannien haben die Verbrechen der israelischen Regierung an der palästinensischen Bevölkerung über Monate hinweg unterstützt. Die Lage der Zivilbevölkerung in den palästinensischen Gebieten war schon vor dem 7. Oktober eine hu-

manitäre Katastrophe und verschärft sich weiter und weiter. Diese ungleiche Militäroperation hat es nicht geschafft, die Geiseln der Terrororganisation Hamas zu befreien, noch die Hamas selbst effektiv zu bekämpfen.

Stattdessen weitet sich der Konflikt in der ganzen Region aus und auch Deutschland mischt mit. Nachdem die Huthi aus dem Jemen Handelsschiffe im roten Meer bombardieren, schickt Deutschland dieses Jahr schon das zweite Kriegsschiff ins rote Meer. Damit auf dem Handelsweg also keine Profite verloren gehen, kommt es zum erste scharfen Waffeneinsatz für die deutsche Marine. Während Deutschland, die USA, Frankreich und Großbritannien den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilen, schweigen sie zu der illegalen Besatzung der palästinensischen Gebiete schon seit Jahren. Diese Doppelmoral passt ihnen gerade dann, wenn es um ihre Interessen geht!

A:

*Deutsche Rüstungsunternehmen profitieren massiv von diesen Kriegen, in denen wir als Jugendliche nichts zu gewinnen haben. Die Aktienkurse von Rüstungsproduzenten wie ThyssenKrupp und Rheinmetall sind seit Oktober letzten Jahres auf Rekordhoch. Natürlich haben die kein Interesse an einem Frieden! Anstatt eine friedliche Lösung zu unterstützen, genehmigt und subventioniert Deutschland noch im November 2023 Waffenexporte nach Israel in Höhe von 303 Millionen Euro. Das ist dreimal so viel wie in den Jahren davor! Wir fordern ein Ende der deutschen Unterstützung der Angriffe auf Gaza und ein Ende aller Rüstungslieferungen aus Deutschland! Frieden kann es nur ohne Besatzung und Unterdrückung geben!*

*Jeden Tag sterben tausende Menschen für die Interessen der Banken und Konzerne, für die Erschließung von neuen Märkten, die Eroberung von neuen Ressourcen und die Ausweitung von politischem Einfluss. Im internationalen Wettrüsten bringt die NATO ohne große Diskussion US-amerikanische Mittelstreckenraketen nach Deutschland und baut amerikanische Militärstandorte in Deutschland weiter aus. Anstatt die Wirtschaft umzubauen, um die Klimaziele doch noch zu erreichen, werden Rüstungsunternehmen in der ganzen EU gefördert. Wir sehen, wie die Kriegstreiberi um uns herum immer lauter wird! Wir sehen das in unseren Unis, Schulen und unseren Betrieben:*

*Während 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr hergezaubert werden können und deutsche Rüstungskonzerne Milliardengewinne machen, wird bei uns Jugendlichen, Frauen und Kindern, Geflüchteten massiv gekürzt. Wir sehen jeden Tag, dass unsere Schulen marode, unsere Ausbildungen unterfinanziert und unsere Unis einsturzgefährdet sind! Gleichzeitig ist es aber kein Problem, den Rüstungsetat auch in diesem Haushalt sogar noch aufzustocken, anstatt tatsächlich in unsere Zukunft zu investieren.*

R:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir steuern auf eine Kriegswirtschaft zu, denn wir müssen, um es in den Worten unseres Verteidigungsministers der SPD zu sagen "kriegstüchtig" gemacht werden. Das spüren am Ende wir, die Werktätigen. Dieser Haus-

haltsplan ist für uns eine Farce und bedeutet für uns junge Menschen noch mehr Einbußen in Bildung, Sozialem und Gesundheit. Die steigenden Preise der letzten Jahre haben bereits jeden vierten Jugendlichen in die Armut gedrängt. Die Kriegstreiberei bringt die Bundeswehren immer offensiver in unsere Schulen und an unsere Unis. Während uns in Hessen knapp 8000 Lehrer fehlen und die Bafög-Sätze und Mindestausbildungsvergütungen nicht zum Leben reichen, verspricht die Bundeswehr Zukunftsperspektiven, die öffentliche Einrichtungen uns schon lange nicht mehr bieten können. Medizinstudium, viel Gehalt und Machtpositionen für Frauen: Die Bundeswehr macht's möglich! Aber diese Versprechen kann die Bundeswehr nicht halten - Wir wollen echte Perspektiven!

An den Unis fürchten Studierende um ihren Studienplatz, wenn sie sich für Frieden und einen Frieden im Nahen Osten einsetzen. Gleichzeitig darf auch an der Marburger Uni trotz Zivilklausel ein Militärstrategie und Geheimdienstler eingeladen werden. Weil viele Unis sowieso massiv auf die Gelder aus der Privatwirtschaft angewiesen sind, werden an anderen Unis in Deutschland die Zivilklauseln schon lange umgangen! Als Schüler und Studierende kämpfen wir für Unis und Schulen ohne Bundeswehr! Wir wollen Zivilklauseln und deren Umsetzung überall!

A:

*Und anstatt über das Schul- und Gesundheitssystem, Wohnraum, die Unis, Frauenhäuser und Kindergärten zu debattieren, diskutiert man im Bundestag, wie man am besten die Wehrpflicht wieder einsetzt. Egal ob an der Waffe oder im zivilen Dienst: Die Bundeswehr schafft keinen Frieden und auch keine Gleichberechtigung! Anstatt echter Bemühungen um Frieden verschärft Deutschland die Asylgesetze und schiebt Menschen entspannt ab in Kriegsgebiete, wie Serhat aus Cölbe, der zwei Jahre in Folge einen gesicherten Ausbildungsplatz gehabt hätte.*

*Und währenddessen nutzen all dies vor allem rechte Parteien und Organisationen, um eine vermeintliche nationale Einheit zu schaffen. Trotz der massiven Zunahmen von rechter Gewalt sind es migrantische Menschen, die in Deutschland unter den Generalverdacht "importierter Antisemitismus" gestellt werden. Es wird gegen Geflüchtete und Muslime gehetzt und rassistische Feindbilder werden verbreitet.*

*Wir lassen uns jedoch nicht spalten und müssen zusammenstehen, weil wir wissen, dass wir mit unserem Mitschüler, der abgeschoben oder unserem Kommilitonen, der wegen einer freien Meinungsäußerung exmatrikuliert werden soll und unseren Kollegen im Betrieb mehr gemeinsam haben als mit Politikern und Konzernchefs, die von diesen Kriegen profitieren! Gerade in diesen Zeiten müssen wir eine starke Friedensbewegung werden. Wir wollen nicht in ihren Kriegen sterben!*

R:

Nachdem Ende des Zweiten Weltkriegs schworen die Überlebenden in Buchenwald "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" Ihr Schwur ist heute aktueller denn je. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Aufrüstung und die Beteiligung Deutschlands am Krieg in der Ukraine ist, gehört Deutschland zu den Ländern, in denen die Kriegsvorbereitungen am intensivsten sind. Trotz Kürzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist der Etat für Rüstung und Militarisierung enorm gestiegen

und die Bevölkerung wird aufgefordert, sich auf den Krieg vorzubereiten. Die Bundesregierung hat beschlossen, ohne parlamentarische Debatte US-Kriegsraketen in Deutschland zu stationieren. Lasst uns dem gemeinsam etwas entgegensetzen und unsere Stimme für den Frieden erheben! Nur wenn wir, die Werktätigen und die Jugend, unseren Kampf für Frieden stärken und uns Organisieren, können wir die Regierung zwingen von ihrer Kriegspolitik abzurücken.

*A: Wir fordern heute gemeinsam:*

*- den sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen und somit die Rücknahme des Militärbudgets im Haushalt. Wir brauchen Geld in die Bildung, in die Gesundheit und in unsere Städte statt in die Bundeswehr.*

*R:*

*- Wir fordern keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa!*

*A: - Die Bundesregierung muss sich für Waffenstillstand und diplomatische Verhandlungen in der Ukraine und in Gaza einsetzen!*

*NIE WIEDER FASCHISMUS NIE WIEDER KRIEG*